

# Wer zahlt künftig für Straßenausbau?

Haus- und Grundstückseigentümer können sich bei zwei Veranstaltungen informieren

Von Antje Bismark

**Burgdorf.** Ab dem nächsten Jahr zahlen Hauseigentümer in Hannover keine Beiträge mehr beim Ausbau ihrer Straße – eine entsprechende Empfehlung gibt das Mehrheitsbündnis von SPD, Grünen und FDP jetzt an den Rat. Auch in Burgdorf wollen die Liberalen die Straßenausbaubeiträge abschaffen. Darüber wollen sie am Dienstag, 18. Dezember, ab 19 Uhr in der Schützenkate in Sorgensen, Riethornweg 25, mit Grundstückseigentümern sprechen.

Bereits im Sommer dieses Jahres hatte die FDP-Fraktion einen entsprechenden Antrag gestellt, eine Entscheidung darüber vertagte der

Rat – die Kommunalpolitiker wollen sich erst bei einem Fachanwalt informieren, wie ein solcher Beschluss aussehen könnte und wie er sich auf den städtischen Etat auswirkt. „Die Verwaltung entspricht diesem Wunsch mit einer öffentlichen Veranstaltung“, sagt Stadtsprecher Sebastian Kattler. Seinen Angaben zufolge lädt die Stadt für Dienstag, 15. Januar, ab 18 Uhr zu dem Vortrag in den Ratssaal im Schloss ein. Er widerspricht damit dem FDP-Rats Herrn Thomas Dreeskornfeld und dem Sorgenser Ortsvorsteher Dirk Schwerdtfeger, die in ihrer Einladung die mangelnde Bürgerbeteiligung seitens der Stadt kritisieren. Dabei, so die beiden Freien Demo-

kraten, würde eine Aufhebung der Straßenausbaubeitragsatzung (Strabs) die Bürger direkt entlasten.

## **Gebühr gibt es seit 1959**

Seit dem Jahr 1959 erhebt Burgdorf demnach eine einmalige Gebühr beim Ausbau von Straßen, wobei die Beiträge nur für Investitionen erhoben werden – dazu gehörten außer dem Ausbau von Fahrbahnen auch die Erneuerung von Gehwegen und der Austausch ganzer Laternen, nicht aber die Reparatur von Schlaglöchern oder der Ersatz defekter Leuchtmittel. Wie hoch der Anteil der Anlieger ist, ergibt sich nach Auskunft der Stadt aus der Klassifizierung: Für eine Anliegerstraße liegt

der Anteilssatz bei 75 Prozent, bei einer Durchgangsstraße und damit einer starken externen Nutzung bei 30 bis 60 Prozent.

Dies stelle etliche Haus- und Grundstücksbesitzer vor finanzielle Schwierigkeiten, betont Dreeskornfeld. Deshalb plädiere die FDP für die Aufhebung der Satzung. Bürgermeister Alfred Baxmann hält in der Debatte dagegen, dass die aktuelle finanzielle Situation der Stadt keine ersatzlose Streichung von Straßenausbaubeiträgen zulasse. Die Einführung einer Sozialklausel halte er ebenfalls nicht für sinnvoll.

Auch in Lehrte, Sehnde und Uetze diskutieren die Politiker derzeit über die finanzielle Bürgerbeteiligung. In

Lehrte wird aktuell debattiert, wie die Strabs verändert werden sollte. Die CDU schlägt vor, den Bürgern entgegenzukommen, etwa über Ratenzahlungen und die Übernahme von Kosten für die Beseitigung von Altlasten. Sehnde hält an den Bürgerbeiträgen fest, doch der Rat hat jetzt einige Änderungen der Strabs zum 1. Januar 2019 beschlossen. Ratenzahlungen sollen leichter möglich sein, die Zinsbelastung soll sich verringern. In Uetze wird diskutiert, ob die derzeitige Straßenausbaubeitragsatzung abgeschafft und durch wiederkehrende Beiträge ersetzt werden sollte. Noch hat sich die Ratspolitik zu keiner Entscheidung durchgerungen.